Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 44 (1965)
Heft: 11

Artikel: Deutsche Politik 1965
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337713

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROLF REVENTLOW

Deutsche Politik 1965

Wir sind unserem geschätzten Mitarbeiter Rolf Reventlow, Vizepräsident der SPD München, sehr zu Dank verpflichtet, daß er es unternommen hat, für unsere Schrift einen Kommentar zu den Bundestagswahlen der Bundesrepublik Deutschland zu verfassen. *R. L.*

Das Jahr 1965 stand naturgemäß in der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen der Wahlen zum fünften Bundestag. Die Tatsache allein, daß es sich bereits um die fünfte Wahlperiode des jungen Staates handelt, kennzeichnet die politische Konsolidierung der demokratischen Ordnung in dem Teil Deutschlands, der dem totalitären Griff aus dem Osten entzogen werden konnte. Sie zeigte sich zudem in den letzten Jahren durch das Verschwinden kleinerer und kleinster Parteigruppen sowie des seinerzeit als ausgesprochene Flüchtlingspartei begründete BHE[1]. Die Flüchtlinge haben sich nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch im Leben der Bundesrepublik integriert. Naturgemäß trug dazu sehr wesentlich die dauernde gute wirtschaftliche Entwicklung bei, die den deutschen Rumpfstaat zur dritten Industriemacht der Erde aufsteigen ließ. Vor diesem allgemeinen Hintergrund bildeten sich drei Parteien heraus, die heute das politische Feld beherrschen: die wiedererstandene Sozialdemokratie, die Freie Demokratische Partei (FDP), die nach allerlei Wandlungen nunmehr eine kleinere dritte Partei (FDP), darstellt, die ihre Schlüsselstellung zu nutzen weiß, und die beiden Unionsparteien. Diese sind im Bundesparlament als die Fraktion der CDU/CSU bekannt. Doch die bayrische Christlichsoziale Union ist organisatorisch völlig selbständig, hat ihren Sitz in München und beansprucht, bei der Verteilung von Finanzmitteln oder Fernsehminuten bei Wahlen als selbständige Partei gewertet zu werden. Politisch jedoch sind die CSU in Bayern und die CDU in allen anderen Ländern völlig identisch. Beide Parteien sind interkonfessionell, haben evangelische und katholische Arbeitskreise, betonen ihre weltanschaulich christliche Ausrichtung und vertreten nun eben jene Politik, die von Konrad Adenauer begründet und nunmehr von Ludwig Erhard fortgeführt wird.

Im Wahlkampf betonten die Unionsparteien gerne, und etwas eintönig, wie es doch 1949 bei der Begründung der Bundesrepublik im Lande ausgeschaut habe und wie gut es den Deutschen nun gehe, stets geführt von den Unionsparteien. Psychologisch an diese Art des Wohlstandsdenkens anknüpfend, erschien das Werbeschlagwort «Unsere Sicherheit» nicht unwirksam. Ob es wirksam war oder die politische Überlegung eher über die Inhaltslosigkeit der Schlagworte hinausreichte, wenn dann die Sozialdemokratie sich mit der

[1] Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, später umgetauft in Gesamtdeutsche Partei (GDP).

schwachen Replik «Sicher ist sicher» begnügte, kann wohl füglich bezweifelt werden. Im Organ der SPD, dem «Vorwärts», hat daher auch eine intensive Diskussion über die Wahlkampfmethoden und Parolen der Sozialdemokratie begonnen.

Dabei ist aber die Tatsache zu verzeichnen, daß die SPD an Stimmen- und Mandatsgewinnen weit voraus war. Sie hat seit 1949 ständig, wenn auch langsam, zugenommen und zweifelsfrei, soziologisch betrachtet, ihren Einflußbereich sehr erweitert. Ein kurzer Vergleich der Zahlen der Parlamentssitze seit dieser Zeit veranschaulicht dies ohne Mühe:

	CDU/CSU	*SPD*	*FDP*	*Sonstige*
1949	139	131	52	41
1953	246	153	51	5
1957	268	169	41	2
1961	242	190	67	–
1965	243	202	48	–

Wenn dennoch das Wahlergebnis vom 19. September 1965 als eine Schlappe der Sozialdemokraten, auch von ihnen selbst, angesehen wird, so nur deshalb, weil der übliche Wahlkampfoptimismus überstrapaziert wurde und man sich in zwei Bundestagswahlen ein Ziel gesteckt hatte, das nach menschlichem Ermessen und auf Grund der nur langsam sich abzeichnenden Verschiebungen bei politischen Wahlen nicht erreicht werden konnte. Um Willy Brandt im Bundestag zum Kanzler wählen zu lassen, hätte es eines politischen Erdrutsches bedurft. Für ihn fehlten sowohl 1961 wie 1965 alle Voraussetzungen. Schon die Begriffsformung des «Kanzlerkandidaten» war ein Fehler. Die Wähler bestimmen keinen Bundeskanzler, sondern wählen ein Parlament. Nun verführte die charismatische Rolle des ersten und langjährigen deutschen Bundeskanzlers Adenauer dazu, ihm eine andere Persönlichkeit entgegenzustellen. Daraus entstand der abwegige Begriff des Kanzlerkandidaten. Natürlich war auch Ludwig Erhard diesmal ein «Kanzlerkandidat». Aber es würde. Hier stellte sich nun die bayrische CSU zur Abwechslung wieder einsein werde, waren ungleich höher. Nur die Tatsache, daß die SPD etwas voreilig erklärte, der Sieg sei zum Greifen nahe, und den ganzen Wahlkampf auf den präsumtiven Kanzler und seine «Regierungsmannschaft» abstellte, erschien der keineswegs unbedeutende Wahlerfolg der Sozialdemokraten als eine Niederlage. Die meisten Meinungsbefragungsinstitute hatten sich zudem in ihren Prognosen geirrt. Und man hat diese Meinungsbefragungen allzusehr als Orakel und nicht als ungefähren, vielerlei Einflüssen ausgesetzten, Stimmungsbarometer angesehen. So kam es, daß wohl sogar in den Reihen der Unionsparteien das Ergebnis einige Überraschungen auslöste.

Nach der Wahl hatte das wochenlang sich hinziehende Aushandeln von Ministerien allgemein eine recht schlechte Presse. Es war von Anbeginn klar, daß wieder eine Regierung der sogenannten «kleinen» Koalition gebildet würde. Hier stellte sich nun die bayerische CSU zur Abwechslung wieder einmal als selbständige Partei vor. Was auf den ersten Blick als bayrischer Partikularismus erscheinen konnte, war tatsächlich nur das Bedürfnis des CSU-Vorsitzenden Franz Joseph Strauß, entweder wieder Minister zu werden oder doch attestiert zu bekommen, er *könne* Minister sein. Gerade das hatte die FDP im Wahlkampf verneint. Sein erzwungener Abgang als Verteidigungsminister anläßlich der «Spiegel»-Affäre führte dazu, daß sowohl die FDP wie auch die SPD erklärte, mit Strauß gebe es keine Regierungsbildung. Daher ging Strauß nach der Wahl sofort zur Offensive über und erhob «prinzipielle» Einwendungen gegen den FDP-Vorsitzenden Mende als Minister für gesamtdeutsche Fragen. Daraus und aus anderen Ambitionen entstand das unerfreuliche Tauziehen um Ministerien. Man hat Ludwig Erhard dabei viel kritisiert. Aber es kann wohl nicht bestritten werden, daß er keineswegs ungeschickt die Ambitionen gegeneinander ausspielte und so eine Regierung zusammenbrachte. Strauß wurde das Innenministerium angeboten. Er lehnte, wie wohl zuvor vereinbart, vornehm ab. So wurde dokumentiert, er könne allenfalls Minister werden. Mit einigen Platzverschiebungen entstand also die Regierung Erhard erneut und wird, aller Voraussicht nach, die vier Jahre der Legislaturperiode überstehen.

Man erfuhr während der Regierungsbildung, über Sachfragen werde nachher verhandelt. Und deren gibt es genug für die kommenden Jahre. Das erste und keineswegs leicht zu lösende Problem besteht in einer offensichtlichen Verletzung des Grundgesetzes, begangen vom vorigen Bundestag und der Regierung durch Ausgabenbeschlüsse, die ein erhebliches Defizit im Haushaltplan hinterließen. Der Haushalt muß aber laut Grundgesetz ausgeglichen sein. Daher spricht man diskreterweise nicht von Defizit oder Fehlbeträgen, sondern von einer «Haushaltlücke». Gute Kenner dieser Frage beziffern die «Haushaltlücke» auf etwa 5 bis 7 Milliarden D-Mark, eine selbst für die Bundesrepublik beträchtliche Summe. Was für Vorschläge da kommen werden, ist, während diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht zu übersehen. Zweifellos ist dies eine Sachfrage. Sie wird vermutlich nicht zur Frage politischer Entscheidung. Die Sozialdemokratie wird die Vorschläge der Regierung kritisieren, insbesondere wenn steuerpolitische Veränderungen vorgeschlagen werden. Aber sie hat seltsamerweise keine steuerpolitische Grundauffassungen. Es gab zwar einmal – längst vergessen – einen Antrag, in das Grundsatzprogramm Richtlinien für eine solche steuerpolitische Grundauffassung aufzunehmen. Er wurde nicht verwirklicht. Niemandem fiel es auch auf, daß dies zwar auf dem Parteitag von Bad Godesberg moniert, aber nicht beantwortet wurde.

Dies ist nur ein Teilproblem der Konturlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie, nicht etwa infolge des Godesberger Programms, sondern vielmehr durch die mangelnde Beachtung des Programms. Manche Äußerungen aktuell politischer Art nehmen zwar auf dieses Programm Bezug, stellen keineswegs konsequent fortgeführte Gedanken aus den Grundauffassungen von Bad Godesberg dar. Ein Beispiel ist das Konkordat, das die von der SPD geführte Landesregierung von Niedersachsen nicht lange vor der Bundestagswahl mit dem Vatikan schloß. Es gibt zwar den katholischen Bekenntnisschulen in dem überwiegend protestantischen Land keine Vorzugsstellung, fördert aber dennoch ihre Bildung mehr als zuvor. Nun steht im Godesberger Programm unzweideutig, daß die SPD sich für die gemeinsame Erziehung der Kinder einsetzt, und gemeinsame Erziehung bedeutet eben Gemeinschaftsschule. Die Diskussionen über dieses Thema waren in Niedersachsen durchaus unerfreulich und brachten den Sozialdemokraten jedenfalls keine Vorteile. Die Wahlergebnisse waren hier nicht so günstig wie anderwärts. Und so ist es mit manch anderer Frage. Die wirtschaftspolitischen Texte des Godesberger Programms lesen sich beispielsweise ganz anders als die Thesen des Wirtschaftsexperten der neuen SPD-Fraktion, Professor Schillers. Die Berufung auf das Programm bringt mithin noch keinerlei Klarheit über die künftige Ausrichtung der sozialdemokratischen Opposition.

Man kann jedoch füglich annehmen, daß die Regierungsparteien die Opposition mit Anregungen jeglicher Art hinreichend versorgen werden. Die neue Koalition unter Ludwig Erhards Führung ist jedenfalls um einige reaktionäre Nuancen reicher als die bisherige Bundesregierung. Da ist einmal die erneute Nominierung des Verkehrsministers Seebohm, im politischen Nebenberuf Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und als solcher durch Reden berühmt, in denen er mehr oder weniger eindeutig das berüchtigte Münchner Abkommen von 1938 als noch gültig bezeichnete. Das wurde dann zwar halb dementiert und von der Bundesregierung ganz desavouiert. Sie erklärte, es gebe keine gebietsmäßige Ansprüche an die Tschechoslowakei. Aber jenseits der nahen Grenzen ist Seebohm eben der Mann, der doch an Hitlersche Lösungen denkt und Ansprüche stellt. Ihn wiederum zum Minister zu ernennen, bedeutet eine bedenkliche Konzession an jene, die immer noch glauben, man könne Weltkriege verlieren, ohne die Zeche bezahlen zu müssen. Der Ostblockpropaganda über vorgeblichen deutschen Revanchismus wird so die Arbeit recht leicht gemacht. Gewichtiger noch ist die Ernennung des Dr. R. Jäger zum Bundesjustizminister. Sein Einfluß auf die Rechtspflege ist zwar gering, da die Verwaltung der Justiz bei den Ländern liegt. Aber Dr. Jäger ist ein politisches Programm, ein Programm, dessen Vorbilder auf der iberischen Halbinsel zu suchen sind, wo er oft und gerne zu Gast ist und aus seiner Sympathie für die dort geltenden polizeilichen Systeme kein Hehl machte. Er ist auch

grundsätzlich ein Anhänger der Todesstrafe für «Mörder und Verräter», wobei noch die genaue Begriffsbestimmung der Verräter fehlt. Es gab auch einmal eine Zeit, da er gerne die Zivilehe abgeschafft oder zumindest der kirchlichen Eheschließung nachgeordnet hätte. Allerdings, ein Ministeramt macht konzessionsbereit. Da nicht nur die Sozialdemokraten erklärte Gegner der Todesstrafe sind, besteht keinerlei Aussicht, die notwendige Zweidrittelsmehrheit für eine Verfassungsänderung in diesem Sinne zu erreichen. So hat denn der neue Justizminister gleich erklärt, er werde keine derartige Initiative ergreifen. Und der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Doch das bedeutet natürlich nicht, daß ein so rede- und schriftgewandter Mann wie Dr. Jäger auch in Fragen der allgemeinen Politik einflußlos in der neuen Regierung sein werde. Man kann mithin sagen, die neue Regierung ist um einige Nuancen weiter nach rechts orientiert, als es das bisherige Kabinett Erhard war.

HEINZ ROSCHEWSKI

Opposition mit der Gitarre

Aus Polen, aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei sind in letzter Zeit Stimmen der Opposition gegen das herrschende System bekanntgeworden. Wiederum, wie seinerzeit beim «Tauwetter» 1956, kündigte sich die politische Opposition in der Literatur an. Nun sind auch aus Ostdeutschland Nachrichten gekommen, die aufhorchen lassen. Professor Robert Havemann, aus der SED, der Kommunistischen Partei Ostdeutschlands, ausgeschlossen, sprach in einem Interview mit einem englischen Journalisten von der «Sklerose des Marxismus» und forderte, indem er sich auf das «Testament» des italienischen Kommunistenführers Togliatti berief, die «ideologische Koexistenz». Professor Wolfgang Harich, Koordinator der intellektuellen Opposition, der Kontakte zur westdeutschen Sozialdemokratie aufgenommen, das Ulbricht-Regime als typisch faschistisch bezeichnet und deshalb «Konspiration» dagegen gefordert hatte, war 1956 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und wurde nun begnadigt. Viele Neuerscheinungen in der ostdeutschen Literatur sprechen dafür, daß wieder einmal ein «Tauwetter» eingetreten ist. Optimisten sehen in diesem Tauwetter einen weiteren, nicht mehr revidierbaren Schritt zur Demokratisierung Ostdeutschlands. Pessimisten, die ihren Glauben an die unwandelbare Unfreiheit in Ostdeutschland nicht aufgeben können, sehen auch in diesem «Tauwetter» nur eines von mehreren, das bald wieder beendet werden wird.

Aber ergreifend und erregend ist doch, daß dem kritischsten Schriftsteller Ostdeutschlands, Wolf Biermann, eine Tournee als Chansonnier durch Westdeutschland erlaubt wurde. Wolf Biermann, Sohn eines in Auschwitz ermor-